



Dies ist eine Leseprobe von Klett-Cotta. Dieses Buch und unser
gesamtes Programm finden Sie unter www.klett-cotta.de

MANFRED BERG

AMERIKAS DEMOKRATIE

Eine kurze Geschichte von der
Unabhängigkeit bis Donald Trump

KLETT-COTTA

Klett-Cotta

www.klett-cotta.de

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH

Rotebühlstraße 77, 70178 Stuttgart

Fragen zur Produktsicherheit: produktsicherheit@klett-cotta.de

© 2026 by J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH,
gegr. 1659, Stuttgart

Alle Rechte inklusive der Nutzung des Werkes für Text und
Data Mining i.S.v. § 44b UrhG vorbehalten

Cover: © Rothfos & Gabler, Hamburg

unter Verwendung einer Abbildung von © freepik

Gesetzt von Dörlemann Satz, Lemförde

Gedruckt und gebunden von GGP Media GmbH, Pößneck

ISBN 978-3-608-98909-0

E-Book ISBN 978-3-608-12519-1

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Inhalt

Einleitung	7
1. Self-Government: Selbstregierung als Wurzel der amerikanischen Demokratie	17
<i>Ursprünge und Praxis der Selbstregierung in der Kolonialzeit</i>	20
<i>No Taxation Without Representation</i>	29
<i>»We the People of the United States«</i>	36
2. Massenpolitik: Die entfesselte Demokratie, 1790–1860	43
<i>Federalists vs. Republicans: Die Ursprünge des amerikanischen Parteiensystems</i>	44
<i>Jacksonian Democracy</i>	53
<i>Demokratie, Sklavereifrage und Sezession</i>	60
3. Wer ist das Volk? Demokratie nicht mehr nur für weiße Männer, 1861–1914	69
<i>Bürgerkrieg und Reconstruction</i>	71
<i>Demokratie und weiße Vorherrschaft</i>	79
<i>Der Kampf für das Frauenwahlrecht</i>	84
<i>Progressivismus und Demokratie</i>	88
4. Safe for Democracy: Die US-Demokratie im Zeitalter der Weltkriege	93
<i>Wilsonianism: Idee und Praxis der liberal- demokratischen Weltordnung</i>	95

<i>Die Demokratie an der Heimatfront</i>	100
<i>Von der Normalität zum New Deal</i>	104
<i>Demokratie in der Festung Amerika?</i>	111
<i>Die Demokratie und der Good War</i>	116
5. Blütezeit und Zerfall der Konsensdemokratie,	
1945 – 1975	123
<i>Der liberale Konsens: Wirklichkeit und Mythos</i>	124
<i>Der Oberste Gerichtshof und die Rights Revolution</i>	130
<i>Demokratie in den Sixties</i>	136
<i>Die Watergate-Affäre: Krise oder Bewährung</i> <i>der Demokratie?</i>	145
6. Die neoliberale Demokratie, 1976 – 2015	149
<i>Das Jahrzehnt des Missvergnügens</i>	151
<i>Neoliberalismus und Plutokratie</i>	155
<i>Demografie und Demokratie</i>	161
<i>The Big Sort</i>	165
<i>Der Global War on Terror</i>	169
7. Die Demokratie im Zeitalter Donald Trumps	177
<i>Die Obama-Koalition und die Verheißung</i> <i>der multiethnischen Demokratie</i>	179
<i>Das blockierte System</i>	185
<i>Donald Trump und die populistische Revolte</i>	191
<i>Trumps Kampf um die Macht</i>	194
Epilog: Auf dem Weg in die Präsidialdiktatur?	
Amerikas Demokratie am Scheideweg	205
Anmerkungen	222
Verzeichnis der zitierten und verwendeten Literatur ..	228
Personenregister	237

Einleitung

Am 4. Juli 2026 jährt sich die Erklärung der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika zum 250. Mal. Die USA werden sich an diesem Tag als einzigartige Nation feiern, deren Geschichte ein fortwährender Triumphzug von Freiheit und Demokratie ist. So jedenfalls lautet die Erzählung des *American Exceptionalism*, also die Vorstellung von einer welthistorischen Sonderstellung Amerikas, die bis heute das populäre Selbstbild der Amerikaner prägt. Daran haben auch die Bemühungen einer kritischen Geschichtsschreibung nichts geändert, den Exzeptionalismus als nationalistischen Mythos zu entlarven, der die dunklen Seiten der amerikanischen Geschichte – die Sklaverei, den Rassismus und die Massaker an den Ureinwohnern – systematisch ausblendet oder als bedauerliche Abweichungen vom Geist Amerikas bagatellisiert. Im Gegenteil, in den vergangenen Jahren hat der *American Exceptionalism* als Kampfbegriff der amerikanischen Rechten eine Renaissance erlebt, und die Trump-Administration arbeitet daran, ihn zur Staatsideologie zu machen.

Dass sich die Vereinigten Staaten auf repräsentative Institutionen gründen und lange vor Europa eine demokratisch-egalitäre Kultur ausbildeten, hat den Glauben an den amerikanischen Exzeptionalismus maßgeblich geprägt. Mit der Unabhängigkeitserklärung sagten sich die Gründerväter politisch wie moralisch von Europa los und verkündeten ein neues Zeitalter – *novus ordo seclorum*, wie das lateinische Motto auf dem Staatssiegel der USA lautet. Dieses neue

Zeitalter war demokratisch, auch wenn es noch mehrere Jahrzehnte dauerte, bis die Demokratie zum Grundpfeiler der nationalen Identität Amerikas wurde. Die Amerikaner sahen sich als ihren Wegbereiter und als Vorbild für andere Nationen, hielten aber zugleich an der Einzigartigkeit ihrer Demokratie fest. In seiner berühmten Schrift *The Significance of the Frontier in American History* von 1893 vertrat der Historiker Frederick Jackson Turner die These, die amerikanische Demokratie wurzele nicht primär in den Ideen der Aufklärung, sondern sei an der westlichen Siedlungsgrenze entstanden, wo das harte Leben am Rande der Zivilisation Klassen- und Statusunterschiede eingeebnet und einen individualistischen, egalitären Nationalcharakter geformt habe.¹

Auch die moderne US-Geschichtsschreibung, die sich politisch überwiegend im progressiven Lager verortet, steht, wenngleich meist uneingestanden, in dieser Tradition der Abgrenzung von Europa und betont, dass die Demokratie die Identität und Geschichte der USA geprägt habe wie sonst nirgendwo. Der Historiker Robert Wiebe nannte sie Amerikas »wichtigsten Beitrag zur Weltgeschichte«. Und noch vor gut einem Jahrzehnt resümierten zwei seiner Kollegen mit unbeirrbarem Optimismus: »Von Ausnahmen abgesehen, haben die Mehrheit der Amerikaner und die Entwicklungsrichtung der amerikanischen Geschichte immer zur Linken und zur Demokratie tendiert«.² Man mag dieses Eigenlob für übertrieben halten, ganz unbegründet ist es nicht. Amerikas Demokratie ist die älteste der modernen Welt und weist eine beeindruckende Kontinuität auf. Im Unterschied zu Europa sind offen antidemokratische Ideologien und Bewegungen marginal geblieben, und die Amerikaner haben bislang nie die Erfahrung der Diktatur im eigenen Land machen müssen.

Doch spätestens seit dem 5. November 2024 können selbst wohlwollende Kommentatoren nicht länger verdrängen, dass die US-Demokratie in eine akute Krise geraten ist. An diesem Tag hat die Mehrheit der Wähler Donald Trump zum zweiten Mal zum Präsidenten gewählt, obwohl dieser nach seiner Abwahl 2020 einen Aufstand gegen die Verfassungsordnung der USA angezettelt hatte, um sich im Amt zu halten. Seither steht der demokratische Grundkonsens in Frage, dass der Verlierer einer freien und fairen Wahl seine Niederlage akzeptiert. Dass Trump für dieses Schurkenstück nicht zur Verantwortung gezogen wurde und, anstatt ins Gefängnis zu müssen, ins Weiße Haus zurückkehren konnte, offenbart die bedenkliche Schwächung der institutionellen Sicherungen gegen Machtstreben und Machtmissbrauch – der berühmten *checks and balances* –, für die Amerikas Verfassung und Demokratie lange gerühmt worden sind. Und unmittelbar nach seiner zweiten Amtseinführung hat Trump begonnen, so zu regieren, wie er es versprochen hatte, nämlich wie ein gewählter Diktator. Die Gewaltenteilung befindet sich seither in einem Stresstest, und es ist unklar, ob sie ihn ohne irreparable Schäden überstehen wird. Vor diesem Hintergrund wird vielen Amerikanerinnen und Amerikanern am 4. Juli 2026 nicht unbedingt zum Feiern zumute sein.

Der 250. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung gibt daher Anlass für eine kritische Bilanz. In diesem historischen Essay möchte ich die Geschichte der amerikanischen Demokratie von ihren Ursprüngen in der Praxis kolonialer Selbstregierung bis in unsere durch die extreme Polarisierung von Politik und Gesellschaft geprägte Gegenwart nachzeichnen. Im Zentrum meines Interesses stehen die politische Geschichte und die Praxis, nicht die Ideengeschichte der De-

mokratie. Mein Buch ist keine gelehrte Gesamtdarstellung, sondern wendet sich an ein deutsches Lesepublikum, das die USA und ihre Demokratie besser verstehen möchte. Aus diesem Grund betone ich Amerikas Besonderheiten, ohne deshalb die Prämisse von seiner welthistorischen Einzigartigkeit zu teilen. Zugleich geht es mir darum, die Zentralität der Demokratie für die amerikanische Identität und Geschichte herauszustellen.

Als deutscher Historiker nehme ich die Perspektive des außenstehenden Betrachters ein. Dies bedeutet nicht, dass ich dieses Buch als unbeteiligter Chronist geschrieben habe. Der Historiker ist immer auch Zeitgenosse. Wer heute über die Geschichte der Demokratie schreibt, muss sich bewusst sein, dass die liberale, pluralistische Demokratie, die in Nordamerika und Westeuropa lange als selbstverständlich gelten durfte, ernstlich gefährdet ist. Der Rechtspopulismus mag sich als demokratische Bewegung inszenieren, die dem Willen des Volkes Geltung verschaffen will, läuft in Wirklichkeit jedoch auf einen plebiszitär maskierten Autoritarismus hinaus. Distanz fällt auch deshalb schwer, weil der Zustand der amerikanischen Demokratie schon lange keine innere Angelegenheit der Weltmacht USA mehr ist, sondern unmittelbare Auswirkungen auch auf Europa und Deutschland hat, wie wir seit Beginn der zweiten Amtszeit Donald Trumps auf brutale Weise erfahren müssen.

Seit Alexis de Tocquevilles berühmtem Werk *Über die Demokratie in Amerika* wissen wir, dass der Blick nach Amerika immer auch ein Blick in die eigene Zukunft ist. Der französische Adelige war keineswegs ein glühender Demokrat. Die der Demokratie eingeschriebene »unersättliche Leidenschaft für die Gleichheit«, so seine Befürchtung, ertrage keine Eliten und keine Autoritäten und könne

leicht zur »Tyrannei der Mehrheit« führen. Gleichwohl war Tocqueville überzeugt, dass die egalitäre Demokratie, die er 1831/32 auf seiner Rundreise durch die USA beobachtete, sich bald auch in Europa durchsetzen werde.³ Ihr Siegeszug ließ indessen auf sich warten. In Europa gewann die Demokratie zwar als oppositionelle Idee beständig an Boden, die Schwelle zur Regierungsform überschritt sie auf breiter Front jedoch erst mit der Zäsur des Ersten Weltkrieges.⁴ Bereits nach wenigen Jahren geriet sie in eine Existenzkrise, die Zukunft schien den totalitären Ideologien zu gehören. Dass die Demokratie überlebte und nach dem Zweiten Weltkrieg zum attraktiven Modell wurde, das Freiheit und Wohlstand für alle Bürger versprach, war vor allem den USA zu verdanken, wo sich die Einsicht durchgesetzt hatte, dass Amerikas Demokratie in einer von Diktaturen beherrschten Welt nicht dauerhaft bestehen konnte. Am Ende des Kalten Krieges verkündete der US-Politikwissenschaftler Francis Fukuyama sogar »das Ende der Geschichte«, weil es zur liberalen Demokratie keine konkurrenzfähige Alternative mehr gebe.⁵

Heute verbindet sich mit dem Blick über den Atlantik kein Versprechen mehr, sondern ein Gefühl der Verunsicherung und Bedrohung. Die Triebkräfte der Polarisierung, die Amerikas Demokratie destabilisiert und den Aufstieg Donald Trumps ermöglicht haben, sind keine besonderen Probleme der USA. Wieder einmal könnte Amerika Europa und Deutschland nur einige Jahre voraus sein. Grund genug also, genauer hinzuschauen, denn aus der langen Geschichte der amerikanischen Demokratie lässt sich vieles darüber erfahren, »was wir von ihr [der Demokratie] zu erhoffen oder zu befürchten haben«, um noch einmal Tocqueville zu zitieren.⁶

Diese Geschichte ist voller Widersprüche. Die in der Unabhängigkeitserklärung proklamierte naturrechtliche Gleichheit aller Menschen implizierte die Gleichheit aller Staatsbürger, die aber lange Zeit nur für weiße Männer galt. Während sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Amerika die erste Massendemokratie entwickelte, wurde der Süden der Vereinigten Staaten zur größten Sklavenhaltergesellschaft der Welt. Auch nach der Abschaffung der Sklaverei blieben große Teile der USA de facto eine »Herrenvolkdemokratie«,⁷ in der die weiße Mehrheit die afro-amerikanische Minderheit einem Regime allgegenwärtiger Diskriminierung und Entrechtung unterwarf. Seit dem 19. Jahrhundert wuchs die Zahl der Wahlberechtigten und der Wahlämter kontinuierlich an – gegenwärtig entfällt ein Wahlamt auf 650 Einwohner –, aber bis heute enthält die Bundesverfassung kein allgemeines Wahlrecht, sondern nur besondere Diskriminierungsverbote, etwa die Bestimmungen, dass keinem US-Bürger das Wahlrecht aufgrund von »Rasse, Hautfarbe und früherem Sklavenstatus« (15. Zusatzartikel von 1870) oder aufgrund des Geschlechtes (19. Zusatzartikel von 1920) verweigert werden darf. Die Notwendigkeit, sich als Wähler registrieren zu lassen, erschwert besonders Minderheiten und Unterschichten die politische Partizipation.⁸

Allerdings müssen wir uns davor hüten, die Geschichte der Demokratie an heutigen Wertmaßstäben zu messen. Wenn etwa die Norm, dass alle erwachsenen Staatsbürgerinnen und -bürger, unabhängig von sozialer Klasse, Besitz, Geschlecht, Religion, Bildung und ethnischer Herkunft, wahlberechtigt sind, auf das 18. und 19. Jahrhundert angewendet wird, gerät jede Demokratiegeschichte zur Anklageschrift. Auch die Gleichsetzung der Demokratie mit

Freiheits- und Menschenrechten hat sich erst seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in westlichen Demokratien durchgesetzt und ist immer fragil geblieben. Tatsächlich stehen das demokratische Mehrheitsprinzip und der auf einklagbaren Rechten beruhende Schutz von Minderheiten und individueller Freiheit in einem permanenten Spannungsverhältnis, das in der Demokratietheorie seit einiger Zeit wieder verstärkt thematisiert wird.⁹

Demokratie bedeutet Volksherrschaft, aber ob und wie das Volk sich selbst regieren kann, ist seit der Antike umstritten. Bis ins 19. Jahrhundert hinein wurde mit dem Begriff weithin die Gefahr der »Pöbelherrschaft« assoziiert. Seither jedoch ist Demokratie zum universalen Ideal geworden, dem selbst Autokraten Tribut zollen, wenn sie sich in Plebisziten bestätigen lassen. Allerdings hat die Umwertung der Demokratie auch dazu geführt, dass sie mit normativen Postulaten und Erwartungen überfrachtet wird, an denen jede »real existierende« Demokratie scheitern muss. Idealerweise soll die Demokratie sich nicht auf die Politik beschränken, sondern alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens durchdringen. Gewiss, schon Tocqueville beobachtete in den USA eine vitale Kultur der lokalen Selbstregierung und des bürgerschaftlichen Engagements. Er schloss daraus, die Demokratie sei nicht bloß eine Regierungs-, sondern mehr noch eine Gesellschaftsform, deren Stabilität weniger auf den Institutionen als auf den »Sitten« – wir würden heute von politischer Kultur sprechen – beruhe. Doch der Anspruch, die Demokratie müsse zur »Lebensform«¹⁰ werden, mündet schnell in Überforderung und Resignation vor der grauen Wirklichkeit. Demokratie wird dann zur Chiffre für eine ferne Zukunft, in der die eigenen Ideale verwirklicht sein werden. Für viele Progressive in den USA ist echte De-

mokratie erst dann erreicht, wenn Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat überwunden sind.

Demgegenüber liegt diesem Buch ein historisch-empirischer Demokratiebegriff zugrunde, der sich an den Praktiken demokratischer Regierung orientiert, die sich seit dem späten 18. Jahrhundert in Nordamerika und Westeuropa herausgebildet haben. Grundlegend ist das Prinzip, dass politische Herrschaft sich durch regelmäßige, freie, chancengleiche Wahlen mit transparenten Mehrheitsregeln legitimieren muss. Damit auch die Verlierer das Wahlergebnis akzeptieren können, muss es eine reale Chance auf künftige friedliche Machtwechsel geben. Macht wird auf Zeit vergeben und durch Gewaltenteilung und das Recht beschränkt. Die moderne Demokratie basiert auf repräsentativen Institutionen, was plebiszitäre Elemente nicht ausschließt, und sie setzt politische Freiheits- und Beteiligungsrechte voraus. Die »liberale Demokratie« ist im Grunde eine Tautologie, doch bleibt der Begriff zur Abgrenzung von Regimen unverzichtbar, in denen zwar Wahlen stattfinden, die Freiheit der politischen Betätigung und die Chancengleichheit aber nicht gewährleistet sind. Historisch ist der Typus der liberalen Demokratie zudem recht neu. Die USA waren im 19. Jahrhundert zwar eine elektorale, also auf Wahlen gegründete, kaum aber eine liberale Demokratie.

In vieler Hinsicht kann Amerika mit Recht eine Vorreiterrolle in der Geschichte der modernen Demokratie beanspruchen. Wahlen gehören seit der Kolonialzeit zur politischen Kultur. Bereits im frühen 19. Jahrhundert setzten sich in den USA ein lebendiger Parteienwettbewerb und regelmäßige Regierungswechsel nach Wahlen durch. Die Bundesverfassung von 1787/91 bekannte sich zur Volkssouveränität und etablierte ein System der horizontalen und vertikalen Ge-

waltenteilung, das einerseits zu große Machtkonzentration verhindern, andererseits eine handlungsfähige nationale Regierung schaffen sollte. Die Ausweitung des Wahlrechts erfolgte deutlich früher als in Europa, denn um die Mitte des 19. Jahrhunderts waren de facto alle erwachsenen weißen Männer stimmberechtigt. Beim Frauenwahlrecht, das 1920 durch Verfassungszusatz landesweit eingeführt wurde, lagen die USA im internationalen Trend. Das Wahlrecht der schwarzen Minderheit ist dagegen ein dunkles, von Gewalt und Diskriminierung geprägtes Kapitel der amerikanischen Geschichte. Erst die Bürgerrechtsgesetze Mitte der 1960er Jahre brachten den Durchbruch, doch Versuche, die Partizipation von Minderheiten zu erschweren, dauern bis heute an.

Die USA sind zudem immer eine ziemlich wilde Demokratie gewesen. Gewalt, Wahlbetrug und schmutzige Tricks gehören zur politischen Auseinandersetzung wie der Truthahn zum Erntedankfest.¹¹ Die Techniken zur Verkürzung des Wahlrechts und zur Manipulation des Wahlsystems – darunter das als *gerrymandering* bezeichnete Zuschneiden der Wahlkreise mit dem Ziel, gewünschte Mehrheiten herzustellen – bilden eine Wissenschaft für sich. Kritiker haben zudem darauf verwiesen, dass die institutionellen Vorkehrungen gegen die »Tyrannei der Mehrheit« in Wirklichkeit einer »Tyrannei der Minderheit« Vorschub leisten.¹² In der Tat ist das Mehrheitsprinzip im Regierungssystem der USA stark verwässert, weil die *Constitution* nicht für eine majoritäre Demokratie konzipiert wurde. Die Begriffe Demokratie bzw. demokratisch haben bis heute keinen Eingang in den Verfassungstext gefunden. Auch die historische Rolle der USA bei der internationalen Verbreitung der Demokratie war höchst ambivalent. Nach dem Zweiten Weltkrieg tru-

gen sie entscheidend dazu bei, dass die liberale Demokratie in Westeuropa und insbesondere in Westdeutschland Wurzeln schlagen konnte, oft diente die Demokratie jedoch lediglich zur Verbrämung machtpolitischer Interessen.

In seiner brillanten Kulturgeschichte der amerikanischen Demokratie definierte Robert Wiebe ihren Kern als »Selbstregierung des Volkes« – *popular self-government*. Als überzeugter Demokrat bekannte er sich zu dem Glauben, dass diese Regierungsform einem besseren Leben für alle Bürgerinnen und Bürger sowie den Idealen der Freiheit, Gleichheit und Fairness zuträglich ist, konzidierte aber zugleich, Selbstregierung führe häufig zu problematischen und unerfreulichen Resultaten.¹³ Donald Trumps Wahlsiege mögen Anlass geben, einmal mehr über die Dummheit und Verführbarkeit des Volkes zu klagen. Historiker sind indessen verpflichtet, die Geschichte nicht primär aus dem Blickwinkel der Gegenwart zu betrachten. Die Demokratie mag ihrem Wesen nach instabil und krisenanfällig sein, aber sie hat sich im Verlaufe ihrer Geschichte als ziemlich widerstandsfähig erwiesen. Auch Trump beweist nichts Endgültiges über die 250 Jahre, die das amerikanische Experiment der Selbstregierung inzwischen andauert.